

Öffentlicher Teil:

Bericht aus dem Büro des Amtsdirektors

Fördermittelakquise

Bewilligt

Kreisentwicklungsbudget

- Gemeinde Planebruch: Wintergarten Kita „Storchennest“ in Planebruch
- Gemeinde Borkwalde: Multifunktionalbau-Antrag für Neubau Gemeindeteil
- Stadt Brück: Oberschule Brück Erneuerung Schmutzwasserleitung

Landkreis PM

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung für Maßnahmen der Denkmalpflege für archäologische Begleitung „Multifunktionaler Erweiterungsbau Bildungscampus Brück“

Richtlinie des Landkreises PM zur Förderung von Klimaschutz- und Klimafolgeanpassungsmaßnahmen:

Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel am Investitionsort:

- Gemeinde Golzow: Straße Golzow-Grüneiche
- Gemeinde Borkheide: Kiefernweg und Dachsbau
- Errichtung Ladestation für Elektromobilität Stadt Brück/ Buchenweg
- Errichtung Ladestation für Elektromobilität Stadt Brück/ Bahnhof
- Errichtung Ladestation für Elektromobilität Stadt Brück/ Bahnhof Baitz

Eingereicht und gerade in Prüfung:

EU-MLUL-Forst-RL

Anlage einer Löschwasserentnahmestelle: 2 Gemeinde Borkheide
1 Gemeinde Borkwalde

Instandsetzung von Wege: Stadt Brück Grabower Weg

LELF

- Tourismuskonzeption und Ortsbegrüßungsschilder
- Mehrgenerationszentrum- Gemeindescheune Oberjünne
- Erhalt einer zentralen Freizeit-und Sportstätte der Stadt Brück (kleine und große Turnhalle in Brück)

Landesbetrieb Straßenwesen

- Sanierung Gehweg B 246 OD Brück, 3.BA
- Gehweg, Hauptstraße Cammer
- Gehweg K 6928 OD Baitz, Schwanebecker Weg

Bike und Ride-Offensive an Bahnhöfen

- Fahrradabstellplätze am Bahnhof Borkheide
- Fahrradabstellplätze am Bahnhof Brück

Abgelehnt

Kreisentwicklungsbudget

Gemeinde Golzow:	Wärmeschutz-Außenbeschichtung Grundschule Golzow
Gemeinde Planebruch:	OT Cammer, Gehweg Hauptstraße L 85 Cammer
Stadt Brück:	Errichtung Schallschutz Skatepark Brück
Gemeinde Borkheide:	Entwicklung und Erweiterung Schulcampus Borkheide, Spielplatz Borkheide Eichelhäherweg, Sanierung „Bolzplatz“ Hans-Grade-Grundschule
Amt Brück:	Kauf MTF für Ortsfeuerwehr Borkheide

LELF

- Schaffung einer Sport- und Freizeitstätte in Borkheide (Turnhallenbau Borkheide)

Maßnahmen zur Schulwegsicherung

- Antrag auf Errichtung einer Säule im Bereich der Schulbushaltestelle im OT Deutsch Bork, L 85
- Antrag auf Errichtung einer Säule im Bereich der Schulbushaltestelle in Linthe, Lindenstraße
- Antrag auf Errichtung einer Säule im Bereich der Schulbushaltestelle im OT Alt Bork
- Antrag auf Errichtung von zwei Säulen im Bereich der Schulbushaltestelle Borkwalde

Aber: Empfehlung des Koordinierungsgremiums in Borkwalde eine Geschwindigkeitstafel anzubringen.

→Begründung der Ablehnung: Förderung erfolgt nur im direkten Umfeld von Schulen

Bericht aus dem Fachbereich I

Vorbereitung Badesaison ist in vollem Gang. Am 2. Juni 2020 gab es einen Abstimmungstermin mit allen drei Betreibern im Amtsgebiet.

Es erfolgten diverse Stellenausschreibungen in den amtsangehörigen Gemeinden zur Besetzung Erzieherstellen und Wirtschaftsdiensten sowie zur berufsbegleitenden Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieher.

Seit dem 2. Juni 2020 sind die Kitas im „eingeschränkten Regelbetrieb“.

Seit Mitte März war die Amtsverwaltung hauptsächlich mit der Durchsetzung und Kontrolle der Einhaltung der Corona-Eindämmungsverordnung sowie der Allgemeinverfügungen des Landkreises beschäftigt. Hierzu kann gesagt werden, dass diese ohne nennenswerte Vorkommnisse eingehalten wurden. Zum 25. Mai 2020 wurden auch die Kontrolltätigkeiten auf das reguläre Maß zurückgefahren.

Der Omnibusbetrieb Gustav Wetzel hat zum 31. Mai 2020 seinen Vertrag mit der Kreisverwaltung aufgekündigt. Herr Wetzel fühlte sich nicht mehr im Stande den Vertrag zu erfüllen. Ab dem 2. Juni 2020 wird zunächst befristet für zwei Jahre die Regiobus das Gebiet bedienen. Hierbei werden dann bereits große Teile des angedachten und durch den Kreistag im Herbst 2019 beschlossenen Verkehrskonzeptes umgesetzt. In einem nächsten Schritt, zu Beginn des neuen Schuljahres am 10. August 2020, werden weitere Maßnahmen aus dem Konzept folgen.

Das Bediengebiet bzw. die Streckenkonzessionen werden in der Zwischenzeit durch den Landkreis europaweit ausgeschrieben. Es besteht ein enger Kontakt zwischen der Regiobus und den Schulen. Derzeit läuft die Information der Öffentlichkeit an.

Derzeit erfolgen Gespräche mit Herrn Roling, dem Eigentümer der Blöcke in Brück Ausbau.

Aktuell wohnen in den Blöcken zehn Kinder im Krippen- und Kindergartenalter. Aktuell werden 112 Wohnungen saniert. Von diesen sind ca. 80 Wohnungen 3- bzw. 4 Raum-Wohnungen. Daher rechnet Herr Roling zukünftig mit 40 weiteren Kindern im Krippen- und Kindergartenalter. Herr Roling ist mit Frau Schweers (AWO Bezirksverband Potsdam) im Kontakt. Sie würde gerne eine Kita mit 100 Betreuungsplätzen betreiben. Hierfür sieht die Amtsverwaltung den Bedarf nicht. Realistisch wäre, aus unserer Einschätzung heraus, vielmehr eine Kita mit 60 bis 65 Plätzen. Herr Roling hält uns über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden. Insofern er sich mit Frau Schweers einig wird, stellen wir einen Kontakt zum Landkreis her, um mit der Einrichtung in den Kitabedarfsplan zu kommen.

Bericht aus dem Fachbereich II

I. Finanzielle Folgen der Corona-Krise

- Die Ergebnisse der 157. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzungen sowie die Regionalisierten Ergebnisse für das Land Brandenburg liegen vor. Für die Brandenburgischen Städte und Gemeinden werden für das laufende Jahr dramatische Steuereinbrüche auf Grund der Corona-Pandemie prognostiziert. Besonders drastisch fällt der Einbruch bei der Gewerbesteuer aus. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Oktober-Steuerschätzung bricht die Gewerbesteuer um 24,8 Prozent (brutto) bzw. um 19,7 Prozent (netto) für das laufende Jahr ein. Ausgehend von dem Regionalisierten Ergebnis für das Land Brandenburg reduzieren sich die auf die brandenburgischen Städte und Gemeinden entfallenden Steuereinnahmen für das laufende Jahr um insgesamt 252,9Mio. Euro.
- Für das Land werden für das laufende Jahr Mindereinnahmen aus Steuern und Zuweisungen von insgesamt 1.147,4 Mio. Euro geschätzt.
- Daraus ergibt sich für die Kommunen eine **Minderung der Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 252,5 Mio. Euro.**
- In der längerfristigen Betrachtung werden **für die Jahre 2020 bis 2024 Mindereinnahmen aus Steuern** und kommunalen Finanzausgleich in Höhe von insgesamt **1,282 Mrd. Euro** für die brandenburgischen Kommunen erwartet.
- Ausgehend von den Planansätzen 2020 sowie in Anlehnung an das Ergebnis der Schnellabfrage des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, könnten den Amtsgemeinden in Folge der Corona-Krise ca. 20% – 25 % ihrer Steuereinnahmen wegbrechen (geschätzte Mindereinnahmen).

1. Steuern

	Mindereinnahmen 2020			
	Gewerbe- steuer ca. 20 %	Vergnügungs- steuer ca. 80 %	Einkommens- steuer ca. 25 %	Umsatzsteuer ca. 25 %
Amts- gemeinden gesamt	582.000 €	20.000 €	1.057.500 €	123.750 €

2. Sonstige

Bei den **Nutzungsgebühren** (z.B. für Bäder, Turnhallen und Gemeindehäuser usw.) gehen wir von Mindereinnahmen **im Umfang von ca. 25.000 €** aus.

3. Mehrausgaben

Bis dato sind im Amtshaushalt **zusätzliche Ausgaben in Höhe von ca. 26.550 €** entstanden.

II. Stand Haushaltsvollzug Amt 2020

1. Zahlungsmittelbestand per 01.01.2020 gerundet			1.166.173 €
2. Auswirkungen aus 2019 auf Finanzhaushalt 2020	Laufende Verwaltungs- tätigkeit	investiv	gesamt
Mittelübertragungen und Verbindlichkeiten	263.000 €	168.127	431.127 €
3. Stand Haushaltsvollzug 2020			
per 02.06.2020 angeordnete Mittel	1.577.069 €	53.861 €	1.630.931 €
per 02.06.2020 gebundene Mittel durch Vormerkungen	138.817 €	5.072 €	143.890 €
per 02.06.2020 gebundene Mittel durch Aufträge	134.164 €	40.434 €	174.599 €
4. akt. Auswirkungen wegen Corona-Krise			26.550 €
5. Zahlungsmittelbestand per 02.06.2020			1.308.176 €

III. Kommunen erhalten mehr Zeit für die rechtssichere Umsatzbesteuerung kommunaler Leistungen

- Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat dem Beschluss des „Corona-Steuergesetzes“ den Weg für die Verlängerung des Übergangszeitraums zur Anwendung des § 2b Umsatzsteuergesetz (voraussichtlich bis zum 31.12.2022) geebnet.
- Die ursprünglich vorgesehene fünfjährige Übergangszeit sollte es den Kommunen ermöglichen, ihren jeweiligen Status quo umfassend zu überprüfen sowie Kooperationen und Vereinbarungen rechtzeitig auf die neuen Anforderungen des Umsatzsteuerrechts umzustellen. Voraussetzung dafür war nicht nur ein entsprechender Anwendungserlass, sondern dass die Finanzverwaltung auch bei nicht alltäglichen Auslegungsfragen ihrer Auskunftspflicht nachkommen kann.
- Trotz intensiver Bemühungen ist es seit Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung im Jahr 2016 nicht gelungen, abschließend rechtssichere Anwendungsregelungen zu etablieren.
- Das Bundesfinanzministerium muss nun den verlängerten Übergangszeitraum für § 2b Umsatzsteuergesetz für klare Vorgaben und Präzisierungen nutzen.

Bericht aus dem Fachbereich III

Sanierung Dachhaut Feuerwehrgerätehaus Golzow

- die Maßnahme wird durch das Architekturbüro Rast aus Golzow begleitet
- Auftragserteilung Planung Blitzschutz- Ing.-Büro Schneider, Brandenburg
- Auftrag am 09.04.2020 an Firma MIWA - Dachbau erteilt (brutto 39.203,01 €)
- Beginn der Baumaßnahme 16./17.KW: Anhebung der Funktechnik
- 18./19.KW Beginn Dachdeckerarbeiten, Dauer 3-4 Wochen
- bis zur 22.KW waren die Dachdeckerarbeiten abgeschlossen
- 27.05.2020 Abnahme Dachdeckerarbeiten, Restarbeiten in 23.KW
- ab 24. KW Blitzschutzanlage über Ing.-büro Schneider

INSEK – Sachstand

Im Herbst 2019 erfolgte eine Ausschreibung des INSEK auf Amtsebene. Es sind 11 Bewerbungen eingegangen. Bei einer ersten Sichtung der eingereichten Unterlagen erwiesen sich die Angebote als sehr unterschiedlich. Herr Zabel forderte die Bieter daraufhin zur Nachreichung von Unterlagen auf. Es folgten diverse Anfragen der Bieter. Die Auswertung der sehr unterschiedlichen Angebote erwies sich als schwierig. Es fehlte eine einheitliche Bewertungsmatrix, anhand welcher ein Angebot nach vorab festgelegten Kriterien ermittelt werden konnte. Um nicht gegen das Vergaberecht zu verstoßen, wurde das Vergabeverfahren im Januar 2020 aufgehoben.

Geplant ist nun mit Unterstützung eines Fachanwaltes für Vergaberecht und den Erkenntnissen aus dem ersten Verfahren eine Bewertungsmatrix zu erstellen. In einem voraussichtlich 2-stufigen Vergabeverfahren werden somit alle Kriterien der Bewerber ausgewertet, um den optimalen Partner zu finden.

Vor Beauftragung des Fachanwaltes für Vergaberechts (MD Rechtsanwälte, Potsdam), ist eine Beschlussfassung erforderlich. (Eilbeschluss, Kosten < 10.000€)

Die erneute Ausschreibung konnte aus personellen Gründen nicht vor Juni/Juli erfolgen.

Hr. Zabel verlässt zum 01.07.2020 das Amt Brück. In den Monaten April/Mai 2020 befand er sich in Elternzeit. Die neue SB Bauleitplanung Fr. Schwan hat zum 01.03.2020 ihre Tätigkeit in der Amtsverwaltung aufgenommen. In den gemeinsamen 3 Wochen im März wurde die Priorität darauf gesetzt eine Übergabe der wesentlichen Projekte aller Gemeinden und ein Minimum an Einarbeitung zu gewährleisten.

Die erneute Ausschreibung des INSEK auf Amtsebene wird im Juni/Juli in Zusammenarbeit zwischen Hr. Zabel, Fr. Schwan und einem Vergaberechtsanwalt vorbereitet und durchgeführt.